

# Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig.  
Aben & Komp. Nr. 20813.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postamt:  
Herrn Kroll, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitznerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Weitznerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anserte werden die 7spaltige Zeitschrift mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 253.

Dresden, Dienstag den 29. Oktober 1918.

29. Jahrg.

## Oesterreich-Ungarns Abfall.

Oesterreich bittet um Sonderfrieden. — Lammasch österreichischer Ministerpräsident. Unruhen in Budapest. — Türkische Friedensverhandlungen.

Prag, 28. Oktober. Hollands Neues Bureau meldet aus Wien: Die Antwort des Grafen Andrássy an Lansing lautet:

In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. d. M. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Oesterreich-Ungarn geschiedener aber die Fragen des Waffenstillstandes und des Friedens zu besprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung, zu erklären, daß sie ebenso wie den früheren Rundgedungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker in Oesterreich-Ungarn, speziell über jene der Tschechen, Slowaken und der Jugoslawen, zustimmt. Da jedoch Oesterreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von denen der Herr Präsident den Eintritt in Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege.

Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über den Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten, und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die beschriebenen Einsetzungen treffen zu lassen. (kf)

### Oesterreich-Ungarns Zusammenbruch.

Mit der Note Andrássy's an Lansing unterwirft sich Oesterreich-Ungarn vollkommen der Entente. Es sagt sich gleichgültig von Deutschland völlig los; wird doch in dem Schriftstück gesagt, Oesterreich-Ungarn wolle mit den gegnerischen Staaten verhandeln, ohne das Resultat anderer Verhandlungen, also das der Verhandlungen Deutschlands mit der Entente, abzuwarten. Deutschland hat damit seinen letzten Bundesgenossen, von dem es bei einer Weiterführung des Kampfes eine, wenn auch geringe militärische Unterstützung hätte erwarten können, verloren. Es hat gar keinen Zweck, sich darüber aufzuregen, daß Oesterreich-Ungarn uns jetzt im Stiche läßt, nachdem wir in diesem Kriege so schwere Opfer für seine Erhaltung gebracht haben. Von Oesterreich-Ungarn ist zur Zeit nicht viel mehr als der Name vorhanden. In Wirklichkeit haben wir es mit einem Bündel sich neu bildender Staaten zu tun, deren endgültige Schicksala sich noch nicht überleben läßt. Oesterreich-Ungarn — oder was davon übrig ist — kann nicht mehr weiterkämpfen. Es hat keine Widerstandskraft mehr, mag es seinen Truppen auch hier und da noch einmal geringen, feindliche Angriffe abzuweisen. Kommt der Waffenstillstand nicht bald zustande, so muß es damit rechnen, daß seine Soldaten von selbst zurückkommen, da sie nicht mehr Lust haben, für einen Staat zu kämpfen, der im Grunde genommen gar nicht mehr existiert. Dazu kommt, daß die Verhältnisse im Innern unhaltbar sind. In Deutsch-Oesterreich, trotz der Hunger-, in Budapest hat es Straßentämpfe gegeben, bei denen Maschinengewehre und Bajonette eine Rolle gespielt haben.

Welche militärischen Folgen das Abweichen Oesterreich-Ungarns für Deutschland hat, läßt sich in vollem Maße nicht übersehen. Ob unsre auf dem Balkan kämpfenden Truppen zurückgehen können, wie sehr unsre Westfront geschwächt wird, wenn die dort stehenden österreichisch-ungarischen Truppen nicht zurückgezogen werden, läßt sich nicht sagen. Nur von der Entente wird es abhängen, ob bei einer weiteren Fortführung des Krieges durch Deutschland in einigen Wochen oder Monaten ihre Heere an der tschechischen, slowakischen oder jugoslawischen Grenze erscheinen, denn dem Durchmarsch französischer, italienischer und englischer Truppen durch Oesterreich-Ungarn werden sich keinerlei Hindernisse in den Weg stellen. In den tschechischen Teilen des bisherigen Oesterreich-Ungarns würden die Legaten mit Jubel begrüßt werden. Oesterreich-Ungarn muß das weitere alle Waffenstillstandsbedingungen annehmen, die ihm die Entente stellt. Es ist im Grunde genommen ja auch niemand da, der den Ententeforderungen Widerstand leisten könnte. Die österreichische Regierung hat sich nicht um ein Interesse daran, sich dagegen zu sträuben, wenn die Italiener verlangen, daß ihnen sofort weite Gebiete an der Adria überlassen werden, denn über die endgültige Schicksala der territorialen Verhältnisse am adriatischen Meer wird sich nicht mehr Oesterreich-Ungarn, sondern der sich neubildende jugoslawische Staat mit Italien auf der Friedenskonferenz zu unterhalten haben. Andererseits hat die Entente keine Veranlassung, Oesterreich-Ungarn sehr drückende Bedingungen aufzuerlegen. Sie hat von diesem Lande nicht mehr das geringste zu fürchten und in den sich neu bildenden Staaten würde sie zum Teil künftige Bundesgenossen sehen.

Was in Zukunft aus den Gebieten werden wird, die bisher zu Oesterreich-Ungarn gehörten, läßt sich nicht sagen. Wegen die Völker kühl ihre Interessen ab, so müssen sie sich

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

Wib (Antlid) Großes Hauptquartier, den 29. Oktober 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Süd-Niederung wiesen wir Teilangriffe des Gegners bei Offene ab. Stärkere feindliche Abteilungen, die nordwestlich von Goube das östliche Scheldensystem zu gewinnen suchten, wurden im Gegenstich zurückgeworfen. Südlich der Schelde drangen stark englische Kavallerie bei Namure vorübergehend in unsere Linien ein. Das Infanterie-Regiment Nr. 176 unter Hauptmann Preuher warf den Feind völlig zurück. Die 7. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 71 und die Infanterie-Geschützabteilung Nr. 38 trugen in vorderster Linie wesentlich zum Erfolge bei. Ostlich von Artees wurden Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Der Feind leitete die Fortführung der Ostschiffen in und östlich der Schelde-Niederung fort. Auch Valenciennes lag unter starkem feindlichen Feuer.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

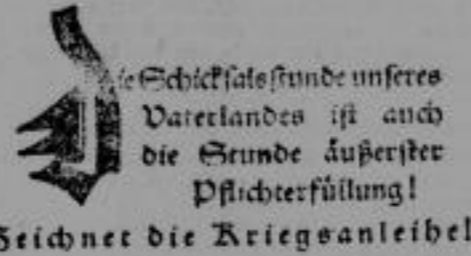
Angriffe der Franzosen gegen den Ditt-Kanal zwischen Otreux und Desquelles schritten in unserem zusammengeführten Artilleriefeuer. Schwache Teile, die über den Kanal vorstießen, wurden im Gegenstich zurückgeworfen. Westlich von Guise kamen feindliche Angriffe in unserem Feuer nicht voll zur Entwicklung. Am Souche-Abschnitt beiderseits der Straße Leon-Marle wiesen wir polenische und westpreussische Regimenter am frühen Morgen starke Angriffe des Gegners ab.

##### Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen Aire und Raas zeitweilig auflebende Artillerietätigkeit.

Wir schossen in den beiden letzten Tagen 49 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone ab.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.



Die Schicksalsstunde unseres Vaterlandes ist auch die Stunde äußerster Pflichterfüllung! Zeichnet die Kriegsanteile!

zu einem Bundesstaat zusammenschließen. Sie haben bisher wirtschaftlich eine Einheit gebildet und ihre Länder sind durch die sie verbindende Donau zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet von Natur aus bestimmt. Aber es ist leicht möglich, daß der jahrzehntelange Kampf, den die Völker miteinander geführt haben, zu tiefe Spuren bei ihnen hinterlassen hat, und daß die neuen Staaten vollständig selbständig voneinander werden bleiben wollen. Für Deutschland ist das natürlich von schwerwiegender Bedeutung. Nicht nur, daß wir den Bundesgenossen, den wir bisher hatten, für immer verloren haben, wir werden in Zukunft einen neuen Volk an vor unsrer Tür haben und man kann nur hoffen, daß die Friedenskonferenz, die ja endgültig über die Abgrenzung der Gebiete entscheiden wird, sich nicht um die übertriebenen Herrschaftsansprüche der Slawen kümmern, sondern bei der Festlegung der Grenzen sich möglichst nach der nationalen Zusammenlegung der Bevölkerung richten wird. Selbstverständlich wird es auch beim besten Willen nicht zu verhindern sein, daß es hier und da noch unerlöste Brüder gibt, aber je mehr es vermieden wird, daß neue Feindschaften errichtet werden, um so eher ist zu hoffen, daß die neuen Staaten in ein halbwegs erträgliches Verhältnis zueinander kommen, und die ganze Welt hat ein starkes Interesse daran, daß nicht ein neuer Heer der Verunsicherung geschaffen wird.

Für Deutschland bedeutet das Ende Oesterreich-Ungarns den Zusammenbruch einer jahrzehntelange verfolgten Politik. Wir können den deutschen Diplomaten und Staatsmännern nicht deswegen einen Vorwurf machen, weil sie an dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn festgehalten haben, schon die Lage dieses Staates müßte es für Deutschland wünschenswert erscheinen lassen, mit ihm in möglichst engen Beziehungen zu stehen. Aber die Männer, die für unsre Politik maßgebend waren, haben die Kraft Oesterreich-Ungarns überschätzt. Die Ursache dieses Fehlers ist in dem feudalmilitaristischen Einfluß zu suchen, dem unsre Politik immer unterworfen war. Unsre lebenden Persönlichkeiten waren zu sehr geneigt, die Kraft eines Staates vor allem nach der Größe seines Heeres

zu bemessen. Demokratisch denkende Staatsmänner wären sich klar darüber gewesen, daß Oesterreich-Ungarn den Keim des Zerfalls in sich trug, weil, wie die Erfahrung zeigt, so viele Nationen in einem Staate nur zusammenleben können, wenn er, wie die Schweiz, völlig demokratisch gestaltet ist. Oesterreich-Ungarn aber war ein halb feudaler und halb absolutistischer Staat.

Unter allen Umständen hätten wir es vermeiden müssen, uns für Oesterreich-Ungarn in den Weltkrieg zu stürzen. Die Sozialdemokratie hat in den letzten entscheidenden Tagen unsre Herrschenden immer und immer wieder gewarnt. Jetzt zeigt sich, wie recht sie gehabt hat. Wäre die deutsche Volk muß die Fehler und Verirrungen seiner früheren Herrschenden teuer genug bezahlen. Das alte in Deutschland herrschende System war eben seiner ganzen Natur nach nicht imstande, die schweren politischen Aufgaben zu lösen, die für die Völker des in der Mitte Europas denkbar ungünstig liegenden Deutschlands gegeben waren. Die Männer, die die Schicksale Deutschlands lenkten, haben zu sehr in Armeegrößen und Armeezahlen gedacht, aber die in den Volksmassen lebendigen Kräfte nicht genügend berücksichtigt. Deshalb müssen die Lehren, die uns der Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns gibt, das deutsche Volk in der Zukunft befruchten, bei der demokratischen Umgestaltung Deutschlands recht gründliche Arbeit zu leisten.

### Offizielle Begründung des Friedensschrittes.

Wien, 28. Oktober. In der Antwortnote Oesterreich-Ungarns an Wilson wird offiziell im Ministerium des Reichers erklärt: „Die Note ist heute nach an den L. I. Gefandten in Stockholm abgegeben und dürfte bereits im Besitze Wilsons sein. Wilson hält abgeforderte Verhandlungen mit den drei Verbündeten für unangebracht, und wir fügen und keinem Wünsche und verfahren mit ihm selbstständig. Wenn Wilson die Forderung stellen sollte aber wenn er sich auf die in seiner letzten Note ausgesprochene Forderung berufen sollte, daß es zu Waffenstillstandsverhandlungen erst dann kommen könnte, wenn die Reorganisation der Innenstruktur der Monarchie bereits durchgeführt sei, so muß gesagt werden, daß wir diese Forderung unannehmbar finden, denn zu dieser Reorganisation ist aus hundertfachen Gründen Stillruhe notwendig. Wir teilen daher Wilson mit, daß wir in der Hauptsache mit ihm vollkommen einig sind und seine Bedingungen annehmen, aber zur Durchführung seiner Forderung Waffenstillstand notwendig. Der letzte Satz unserer Note, ist, was wir nicht verkennen, von weittragender Bedeutung. Es ist aber kein absolutes Friedensangebot in diesem Satz enthalten. Nur unter der Voraussetzung, daß die Entente auch die Bedingung eines Sonderfriedens stellen sollte, teilen wir mit, daß wir auch zu der Annahme dieser Bedingung bereit sind, denn wir haben Informationen über das neutrale Ausland erhalten, aus denen hervorgeht, daß die Entente mit den drei Verbündeten nicht gemeinsam, sondern getrennt zu verhandeln gedenkt. In Kenntnis dieser Auffassung der Entente haben wir, um jede weitere Verzögerung und jede Hinausschiebung zu verhindern, der Entente mitgeteilt, daß wir auch diese Verhandlungsform annehmen würden, wenn sie verlangt werden sollte.“

### Lammasch österreichischer Ministerpräsident.

Wien, 28. Oktober. Der Kaiser hat mit Handschreiben vom 27. Oktober die Dimission des Ministeriums v. Duffarell angenommen und den Sozialen Lammasch zum Ministerpräsidenten ernannt.

Lammasch, der der Erzherzog Kaiser Karls war, ist sehr stark als Vorkämpfer des Sozialismus hervorgetreten. Man darf wohl in ihm den Liquidator Oesterreich-Ungarns sehen.

### Lammaschs Gehilfen.

Wien, 28. Oktober. In einem kaiserlichen Handschreiben sind der Minister für soziale Fürsorge Mataja, der Kriegsminister Schauer, der Finanzminister Wimmer, der Landesverteidigungsminister Gapp und der Unterrichtsminister Madenisi von ihren Ämtern entbunden worden. In weiteren Handschreiben wurden Geh. Rat Paul v. Viktorelli zum Justizminister, Sektionschef Richard Eder v. Sampa zum Unterrichtsminister, Universitätsprofessor Dr. Janas Seipel zum Minister für soziale Fürsorge, der Professor an der Technischen Hochschule Dr. Joseph Redlich zum Finanzminister ernannt und der Sektionschef Dr. Friedrich Freih. v. Lehner mit der Leitung des Landesverteidigungsministeriums betraut. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts Duffarell behalten ihre Portefeuilles.

### Straßentämpfe in Budapest.

Budapest, 29. Oktober. Gestern abend 9 Uhr fand eine von der Karlistenpartei in Szene gesetzte Versammlung statt. Man beschloß, nach Ofen zu ziehen, um dem Erzherzog Joseph die Krone vorzutragen, Karolai zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Zwei Militärkommandos wurden von der Menge durchgedrungen, beim dritten Kommando, bei dem